## OSTTHÜRINGER Zeitung

## Kein Zurück bei Außenstellenschließung im Saale-Orla-Kreis

Trotz heftiger Kritik von vielen Kreistagsmitgliedern: Landrat Thomas Fügmann (CDU) bleibt bei der Schließung der Kfz-Zulassungsstelle in Bad Lobenstein und der Führerscheinstelle in Pößneck zum 1. Juli.



Blick auf das Landratsamt in Schleiz. Foto: Peter Hagen

Schleiz. Nach Antrag des UBV-Fraktionsvorsitzenden Andreas Scheffczyk und einem mehrheitlichen Beschluss hatte Fügmann am Montagabend im Kreistag ansatzweise einige Ergebnisse der 49 500 Euro teuren Organisationsuntersuchung durch die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PricewaterhouseCoopers (PwC) genannt.

Diese von August 2014 bis Februar 2015 im Landratsamt vorgenommene Prüfung sei in Auftrag gegeben worden, nachdem der Saale-Orla-Kreis mit seinem Haushalt 2013 bei der Kreisumlage den Spitzenwert in Thüringen erreicht habe. "Darüber habe ich mich maßlos geärgert", so Fügmann. Außerdem wollte er alles auf den Prüfstand stellen, weil dem Landkreis bei der Haushaltswürdigung "mittelfristig einige Probleme" vorhergesagt wurden. Die Handlungshinweise der Wirtschaftsprüfer habe er nicht öffentlich in Kreisausschusssitzungen vorgestellt und die Ergebnisse der Studie am 12. März 2015 in den für Kreistagsmitglieder zugänglichen Teil des Ratsinformationssystems im Internet veröffentlichen lassen.

Wolfgang Kleindienst (UBV) kritisierte den Alleingang Fügmanns. Empfohlen wurde, die Außenstellen in Pößneck und Bad Lobenstein perspektivisch zu schließen. Er habe aber Nägel mit Köpfen gemacht und die Schließungen vollzogen. "Die Städte hätten sich eine bessere Kommunikation gewünscht. Man kann auch die Bürgermeister anrufen und über alles diskutieren, beispielsweise über die Einbindung der Führerscheinstelle in das Einwohnermeldeamt der Stadt Pößneck", meinte Kleindienst, der auch Birso-Stadtratsmitglied in Pößneck ist. Er frage sich, wo es Einsparungen gäbe, wenn die von Pößneck abgezogenen drei Führerscheinstellenmitarbeiter und die zwei Mitarbeiter der Kfz-Zulassungsstelle in Bad Lobenstein ab dem 1. Juli in der Kreisverwaltung in Schleiz zum Einsatz kämen.

## Fügmann: Kein Spielraum für Neueinstellungen

Fügmann sagte, er benötige die Mitarbeiter für andere Aufgabengebiete in der Kernverwaltung, für die sonst Neueinstellungen notwendig gewesen wären. Dass es sich dabei ausschließlich um die Betreuung

von Asylbewerbern handelt, verneinte der Landrat auf OTZ-Anfrage. Pro Mitarbeiter würden jährliche Personalkosten in Höhe von 35 000 Euro angesetzt, sodass der Landkreis durch diese Umsetzung rund 170 000 Euro spare. Immerhin habe er bei der Aufstellung des Haushaltsplans für 2016 noch eine Finanzierungslücke von 2,1 Millionen Euro zu schließen, um eine Erhöhung der Kreisumlage zu vermeiden, für die er nicht einmal die Zustimmung seiner CDU-Fraktion bekäme. Neueinstellungen kämen nicht in Frage, da die Kreisverwaltung laut PwC-Erhebung 11,22 Vollzeitstellen zu viel habe. "Es gibt außer uns keine weitere Kreisbehörde mit zwei Außenstellen. Die Konzentration ermöglicht neue Freiräume beim Personaleinsatz", erklärte der Landrat. Wie viele Führerscheinangelegenheiten jährlich in Pößneck und Schleiz bearbeitet würden, könne das Landratsamt nicht beziffern, hieß es gestern auf OTZ-Anfrage.

Von Beratungen mit den Bürgermeistern halte Fügmann nicht viel: "Es betrifft ja nicht nur die beiden Städte. Wenn, dann müsste ich mit 35 Bürgermeistern telefonieren. Wir würden zu keinem Ergebnis kommen. Die Verantwortung liegt einzig und allein bei mir als Behördenleiter", sagte er, nachdem auch Enrico Kleebusch (SPD) und Klaus Möller (Linke) die Entscheidungsfindung den Ausschüssen und dem Kreistag überlassen wollten.

Was in der Studie steht, habe er schon immer gesagt. Fast könne man sagen, PwC habe bei der UBV abgeschrieben, meinte <u>Andreas Scheffczyk</u> etwas überspitzt: "Wenn ich von zehn Prozent Stellenüberhang gesprochen habe, wurde ich dafür gescholten. Aus politischem Stursinn heraus wurden meine Ideen abgelehnt, dabei hätten wir bereits seit acht Jahren Einsparungen vornehmen können", meinte der UBV-Chef.

"Nicht die Führerscheinstelle in Pößneck, sondern das Bürgerbüro im Landratsamt Schleiz und die Kfz-Zulassungsstelle in Bad Lobenstein sollten nach der PwC-Empfehlung geschlossen werden", sagte Michael Modde , Pößnecker Bürgermeister und CDU-Kreistagsmitglied. Wenn es nur eine Führerscheinstelle im Landkreis geben dürfe, dann müsse diese in Pößneck und somit in der größten Stadt des Landkreises angesiedelt werden. Fügmann antwortete, dass von der Schließung des Bürgerbüros in Schleiz nur in der Powerpoint-Präsentation gesprochen wurde, nicht in der abschließenden Empfehlung, die auch Modde im Ratsinformationssystem hätte einsehen können. Schleiz liege nun mal zentral und sei für den Großteil der Bürger besser zu erreichen als Pößneck, lehnte der Landrat eine Verlagerung der Führerscheinstelle nach Pößneck ab.

Die Pößnecker Kreistagsmitglieder Michael Modde und Thomas Weidermann (CDU) verließen demonstrativ die Kreistagssitzung. Auch Thomas Weigelt, Bad Lobensteiner Bürgermeister und UBV-Kreistagsmitglied, ging früher, nachdem Landrat Fügmann den Vorschlag abgelehnt hatte, die Führerschein- und Kfz-Zulassungsstelle drei Tage pro Woche in Schleiz sowie je einen Tag in Pößneck und Bad Lobenstein arbeiten zu lassen. "Die Akten können nicht hin und her transportiert werden. Autohäuser aus Neustadt und Triptis lassen die Fahrzeuge in Schleiz zu. Warum sollte das nicht auch mit Bad Lobensteinern funktionieren?", fragte Fügmann. Die Pößneckerin Constanze Truschzinski (SIP) forderte eine deutliche Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs, damit führerscheinlose Berufstätige zur Behörde nach Schleiz und noch am selben Tag wieder heim kämen.

Empfehlungen der Wirtschaftsprüfer: - Wiedereinführung der Schuleinzugsbereiche und Erhöhung der Elternanteile zur Schülerbeförderung.

- Überarbeitung der Schulnetzplanung unter Festlegung der künftigen Schulstandorte, Neuplanung der Schülerverkehre und Neuverhandlung der ÖPNV-Zuschüsse.
- Volkshochschule und Musikschule: Zentralisierung der Verwaltungsaufgaben, Erhöhung des Kostendeckungsgrades der Musikschule.

- Museen: Temporäre Stellenmehrausstattung zur Etablierung der Programme.
- Der Fachdienst Finanzen sollte im direkten Zuständigkeitsbereich des Landrats eingeordnet werden.
- Mittel- bis langfristig sollten kleinere Fachdienste zusammengelegt werden und die Verwaltungsgliederung auf drei Fachbereiche reduziert werden.
- Der Saale-Orla-Kreis liegt in Bezug auf die Ausgaben in der Sozialhilfe rund sechs Prozent über dem Niveau anderer Landkreise. Grund sind allen voran die Ausgaben für die Eingliederungshilfe, die 16 Euro je Einwohner beziehungsweise 9 Prozent oberhalb des Durchschnittes liegen.

Kommentar: Peter Cissek ist für eine Antragsabgabe über das Internet oder der Behörde vor Ort

Peter Cissek / 10.06.15 / OTZ